

ELTERN GEGEN DROGEN

Aus dem Inhalt

Die schweizerische Drogenpolitik versus die Realität im Polizeialltag 1

Cannabis kann schwere psychische Erkrankungen auslösen 3

Editorial: Keine Nachhaltigkeit in der schweizerischen Drogenpolitik 4

Top Ten Kokainkonsum anhand Abwasserproben 4

Street Parade und Drogenkonsum 4

Revolutionäre Entzugsmethode aus Israel – neue Hoffnung für drogen-süchtige Menschen 5

Weltdrogentag – Internationaler Tag gegen Drogenmissbrauch und illegalen Drogenhandel 6

PETITION zuhänden des Bundesrates 7/8

„Überall in der Politik wird die Nachhaltigkeit von Massnahmen verlangt, nur in der Drogenpolitik wird sie sträflich vernachlässigt.“

Andrea Geissbühler

Die schweizerische Drogenpolitik versus die Realität im Polizeialltag

von Andrea Geissbühler, Polizistin, Nationalrätin, Präsidentin des Dachverbandes Drogenabstinenz Schweiz



Es besteht eine grosse Diskrepanz zwischen den Erfahrungen in meinem Alltag als Polizistin und den politischen Forderungen des National- und Ständerates in der Drogenpolitik.

Vor allem an Wochenenden müssen wir Polizistinnen und Polizisten immer öfters mit Alkohol oder Cannabis zuge-dröhnte Kinder und Jugendliche irgendwo an einer Party und zu später Stunde zusammenlesen und Minder-jährige zu den Eltern nach Hause führen, oder sie von den Eltern abholen lassen. Oder wir müssen nach Schlägereien oder Messerstechereien feststellen, dass sonst un-

auffällige Menschen unter dem Einfluss von Drogen (Alkohol, Cannabis, Kokain usw.) zu gewalttätigen Monstern mutieren. **Das Alkoholproblem wird zum Glück von Institutionen wie dem Blauen Kreuz aktiv angegangen, und wir von der Polizei haben den Alkohol-Blastest, den wir sofort und ohne Bewilligung durch den Staatsanwalt anwenden können.**

Fortsetzung auf Seite 2



Unterschreiben Sie die Petition zuhänden des Bundesrates:

**Gegen die Legalisierung von Drogen!
Für eine abstinenzorientierte Drogenpolitik!**

Unterschriftenbogen auf der Rückseite dieses Informationsbulletins.

Sammelfrist bis 31. Oktober 2012

Im Unterschied zum Alkohol werden aber die vielen negativen Folgen des Cannabiskonsums und die dazu existierenden wissenschaftlichen Erkenntnisse von vielen Politikerinnen und Politikern ausgeklammert. Es ist tragisch, zusehen zu müssen, dass Cannabiskonsumanten in der Schule oder an der Lehrstelle scheitern, in Psychosen ihre Identität verlieren, angst-erfüllt und von Verfolgungswahn getrieben herumschreien und nur mit Medikamenten ruhig gestellt werden können.

Auch der Zusammenhang zwischen Gewalttaten und Cannabis wurde in einer Studie von Professor Martin Killias mit über 5'000 Jugendlichen klar bewiesen¹⁾. Werden zum Cannabis noch andere Drogen dazu eingenommen, steigert sich die Gewaltbereitschaft markant. **Auch im Polizeialltag sind wir immer wieder mit gewalttätigen Menschen konfrontiert, die nachweislich Cannabis und andere Drogen konsumiert haben.** Nur dürfen wir Polizistinnen und Polizisten leider noch nicht in allen Kantonen Schnelltests, wie zum Beispiel einen Speicheltest, anwenden. Dadurch wird politisch verhindert, dass eine genaue Statistik zwischen Gewalttaten und den verschiedenen berauschenden Substanzen, die sich im Alkohol, im Cannabis (Drogenhanf), Kokain, Heroin usw. befinden, erstellt werden kann.

Ich bin klar der Meinung, dass in der Schweiz vor allem Kinder und Jugendliche mit Fakten aufgeklärt und von der Politik an die Eltern unmissverständliche Signale ausgesendet werden müssen. **Diese Forderung haben sowohl der National- wie auch der Stän-**

derat in der Frühlings- und Sommersession 2012 verpasst. Es wurden weder die Sorgen und Nöte der Eltern von kiffenden Kindern ernst genommen, noch der Wille der Bevölkerung, welche sowohl die Droleg- wie auch die Cannabislegalisierungs-Initiativen klar abgelehnt hat, im Gesetz berücksichtigt.

Dieses Vorgehen, bei welchem durch Verordnungen das von der Bevölkerung angenommene Betäubungsmittelgesetz unkenntlich gemacht wird, **halte ich für zutiefst undemokratisch.** Für das Zusammenleben braucht jede Gesellschaft Verbote. Die meisten Bürgerinnen und Bürger halten sich auch daran. So gaben bei einer Umfrage der Fachstelle Sucht Schweiz (ehemals SFA) 54% der befragten Jugendlichen an, dass sie nicht kiffen würden, weil es verboten sei.

Bei Diebstählen entstehen im Jahr Schäden von 3 Milliarden Franken. Trotzdem käme es niemandem in den Sinn, das Stehlen zu erlauben, damit diese Schäden eliminiert und die Polizei und Justiz entlastet würden! Auch Verkehrsverbote werden nicht aufgehoben, auch wenn es immer Verkehrs-sünder geben wird, die nicht erwischt werden.

Nun noch einige Worte zu den zwei unsinnigen Gesetzesbestimmungen, die leider in beiden Räten durchgekommen sind; zwei typische Beispiele **wie realitätsfremd viele National- und Ständeräte politisieren:**

- *Die Gesetzesbestimmung, wonach 10g des Wirkstofftyps Cannabis als geringfügig gelten sollen (BtmG Art.19b, Abs.2.), wird grosse negative Auswirkungen zeigen. Es wird für die Polizei unmöglich sein, an Ort und Stelle festzustellen, wie viele Gramm Cannabis ei-*

ne Person auf sich trägt. Damit wird die Polizei nicht entlastet, sondern vor eine kaum zu bewältigende Aufgabe gestellt. Schnell wird sich dieser Gesetzesartikel auch im Ausland bei den Drogenhanfdealern herum sprechen, und sie werden mit Portionen von 9 Gramm ihr grosses Geschäft machen. Die Sogwirkung, die dieser Artikel auslösen wird, ist enorm. Grundsätzlich gibt es keine geringfügige Menge. Jede Menge ist schädlich und fördert den Ameisenhandel.

- *Zum anderen bedeutet diese Definition zum Beispiel, dass bei einem THC-Analysewert von ca. 12% mit 10g Marihuana 50 Joints gedreht werden können. Was das Rauchen von nur einem Joint bewirken kann, zeigten Versuche im Flugsimulator: die Piloten landeten bis 10 Meter neben der Zielgeraden.*

Mit einem Ordnungsbussensystem für Kiffer (Art. 28b, Abs. 2) wird ein falsches Zeichen gesetzt. Eine Busse von 100 CHF ist für viele Kiffer eindeutig zu niedrig und wenig abschreckend. Bei einer Ahndung des Cannabiskonsums geht es einerseits darum, den Konsumenten vor den psychischen und physischen Schäden zu schützen, welche das Betäubungsmittel Tetrahydrocannabinol (THC) verursacht. Andererseits führt zum Beispiel eine Anzeige dazu, eine allfällige Gefährdung von sich und den Mitmenschen frühzeitig abzuwenden. **Chronische Kiffer sind nicht selten, wie schon erwähnt, Verursacher von Delikten, Gewalt, von asozialem Verhalten und von Unfällen.** Deshalb sind Register mit Einträgen bei Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz sinnvoll.

Auch das Argument, eine Ordnungsbusse verringere die

bürokratischen Abläufe, ist wenig stichhaltig. Denn beim Ausstellen von Ordnungsbussen muss auch ein Bedenkfristenformular ausgestellt, und die sichergestellten Cannabisprodukte bis zum Fristende gelagert und registriert werden. Deshalb ist der Aufwand für das Eintreiben von Ordnungsbussen sicher aufwändiger, als eine kurze Anzeige auf einem vorgedruckten Formular. Wenn man bedenkt, dass bei Drogenabhängigkeit eine frühe Intervention die Ausstiegschancen massiv erhöht, ist es eminent wichtig, dass die Justiz eine Anzeige ernst nimmt, die Eltern einbezieht, und eine geeignete Massnahme anordnet. **Eine Busse ist für den Kiffer im Moment eine Strafe; aber eine Anzeige mit einer Massnahme soll eine Veränderung des Suchtverhaltens bewirken und ist deshalb ein Beitrag an eine nachhaltige Drogenpolitik.** Auch der Beschluss, wonach die Altersgrenze für Bussen bei 18 Jahren liegen soll, ist nicht nachvollziehbar. Denn die vielfältigen, negativen Auswirkungen des Kiffens gelten sowohl für unter wie auch für über 18-Jährige. Gerade im Ausgang ist die Vorbildfunktion von über 18-Jährigen, also Erwachsenen, nicht zu unterschätzen. Sie müssen sich die folgende Situation einmal vorstellen: Auf dem Pausenplatz einer Mittelschule herrscht absolutes Rauch- und Drogenverbot. Ein 18-jähriger Gymnasiast geht einen Schritt ausserhalb des Schulareals, dreht seelenruhig eine Haschischzigarette und kiffte. Dies ist doch eine in der Realität unsinnige Gesetzesbestimmung!

Auch bei der Umsetzung des revidierten Betäubungsmittelgesetzes betreffend Abstinenzorientierung ist ein grosses Defizit zu er-

kennen. Es ist festzustellen, dass weder die Drogenberatungen, noch die Substitutionsbehandlungen (Methadon, Heroin) das Ziel der Abstinenz anstreben. Dies bedeutet, dass auf Kosten der Bevölkerung, welche Steuern, Krankenkassenprämien, Arbeitslosen- und IV- Beiträge einzahlen, immer mehr Drogenabhängige lebenslanglich in der Sucht gehalten werden.

Überall in der Politik wird die Nachhaltigkeit von Massnahmen verlangt, nur in der Drogenpolitik wird sie sträflich vernachlässigt. **Ob bei uns in der Schweiz schon zu viele Profiteure der Suchtproblematik ihre Goldgruben verteidigen?** Damit die grossen Drogenprobleme in der Schweiz nachhaltig gelöst werden können, braucht es einerseits Medienschaffende, welche mit aufklärenden Berichterstattungen aus umfangreichen Recherchen informieren, und andererseits den Druck aus der Bevölkerung auf die Politik. Die Aktionen und die Petition der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen anlässlich des UNO-Tages gegen Drogen sind in diesem Sinne sehr zu begrüssen (siehe Seiten 6 und 7 dieser Ausgabe).

Quellenhinweis:

¹⁾ Jugenddelinquenz im Kanton St. Gallen, Projektleitung: Prof. Dr. Martin Killias, Kriminologisches Institut, Universität Zürich, 17. August 2009.

CANNABISKONSUM UND GEWALT

Der Zürcher Kriminologe Martin Killias äusserst sich generell skeptisch zur Entkriminalisierung des Cannabiskonsums. «Der Cannabiskonsum wird allgemein verharmlost», sagt er. Neuste Studien zeigten, dass Cannabiskonsum stärker mit Gewaltverhalten korrespondiere als der Konsum von Alkohol.

Tages-Anzeiger, 28. August 2010

Cannabis kann schwere psychische Erkrankungen auslösen

Ralf S. ist gerade mal 15, als er sich an einem Abend nach mehreren Joints plötzlich «wie ein Fremder in der eigenen Welt» fühlt. Er nimmt seinen Körper kaum noch wahr, sogar seine Stimme erscheint ihm unwirklich. Derartige Gefühle hat schon mancher im Rausch verspürt. Doch: Bei Ralf S. sind sie geblieben. **Trotz Drogenverzichts erlebt er immer wieder beängstigende «Flashbacks», und die «unsichtbare Schranke» zwischen ihm und seiner Umgebung besteht inzwischen seit mehr als zehn Jahren. Depersonalisation heisst die psychische Störung, die für Ralf im Cannabisrausch begann.**

«Diese invalidisierende Erkrankung ist selbst bei Psychiatern nicht immer bekannt», sagt Andor Simon, der am Psychiatrischen Ambulatorium Bruderholz (BL) seit zehn Jahren eine Spezialsprechstunde für beginnende Psychosen leitet. Zusammen mit Kollegen der Berner Universitätsklinik und Poliklinik für Psychiatrie hat er die Fälle von sechs jungen Patienten zusammengetragen, die nach Cannabiskonsum dauerhaft an einer Depersonalisation erkrankt sind. **Ihre Beobachtungen veröffentlichten die Forscher kürzlich in der Fachzeitschrift «Neuropsychobiology».**

Früher glaubten Mediziner nicht an bleibende Schäden des Cannabiskonsums. Das wurde inzwischen widerlegt: **Forscher konnten zeigen, dass Cannabiskonsum bei entsprechender Veranlagung ein unabhängiger Risikofaktor für Psychosen ist.**

Sonntagszeitung, Claudia Nientit, 29. April 2012

Editorial



Keine Nachhaltigkeit in der schweizerischen Drogenpolitik

Durch unsere realitätsfremde schweizerische Drogenpolitik verschwenden wir viele menschliche und finanzielle Ressourcen, so gibt es kaum mehr Therapieinstitutionen, welche die Süchtigen so begleiten, dass sie wieder ein vollwertiges Glied der Gesellschaft werden können!

Hier ein grober Kostenvergleich:

Ein Drogensüchtiger kostet in einer abstinenten, stationären Therapie das erste Jahr ca. 120'000 CHF (nachher unter 100'000 CHF), in einer Psychiatrie ca. 240'000 CHF pro Jahr und in einer Heroin- oder Methadonabgabe verbunden mit einem Wohn- und Arbeitsprojekt (wie heute mehrheitlich gehandhabt) ca. 100'000 CHF pro Jahr. Wird ein Süchtiger in der 3. Variante als 25jähriger aufgenommen, kostet er den Staat bis er das 65. Altersjahr erreicht hat 6 Millionen CHF.

Die UNO-Drogenkontrollbehörde hat schon mehrmals erwähnt, dass sich nur eine reiche Schweiz eine solche

Drogenpolitik ohne jegliche Nachhaltigkeit leisten kann!

Auch die vielen Kiffer mit Psychosen (Angstzuständen, Verfolgungswahn) werden unseren Staat noch teuer zu stehen kommen. **Es ist traurig, dass durch die Verharmlosung des Cannabiskonsums wie sie uns die National- und Ständeräte auf unverständliche Weise vorgeführt haben, viele menschliche Ressourcen zerstört werden.**

Wenn man bedenkt, dass laufend neue Studien über die negativen Auswirkungen des Konsums von Drogen publizieren werden, für die Millionen von CHF ausgegeben werden, sollten diese Studien schlussendlich auch zu einem sicht- und messbaren Resultat, das heisst zu einer markanten Abnahme des Drogenkonsums, Drogenhandels und Drogenanbaus führen.

Sabina Geissbühler-Strupler, Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen

Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen:



IMPRESSUM

Herausgeberin:
Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen, Postfach 8302, 3001 Bern
eltern_g_drogen@bluewin.ch
www.elterngegendrogen.ch

Redaktionsteam:
Dr. med. Theodor Albrecht
Dr. rer. nat. Alexandra Nogawa
Sabina Geissbühler-Strupler

Layout:
Administration Gross, 3038 Kirchlindach
adm_gross@bluewin.ch

Druck:
Jordi AG, Belpbergstrasse 15,
CH-3123 Belp, info@jordibelp.ch

Täglich sind den Medien Meldungen wie die beiden unten aufgeführten zu entnehmen, die all die Probleme rund um den Drogenkonsum aufzeigen, die gelöst werden müssten. Eine nachhaltige Problemlösung wird leider durch die liberale schweizerische Drogenpolitik verhindert. Ein Richtungswechsel hin zur Förderung der Drogenabstinenz täte bitter not.



Top Ten Kokainkonsum anhand Abwasserproben

(g/1000 Einwohner/Tag)

1. Antwerpen, Belgien	2,00
2. Amsterdam, Niederlande	1,80
3. Zürich	1,46
4. Valencia, Spanien	1,40
5. Eindhoven, Niederlande	1,25
6. Barcelona, Spanien	1,20
7. Bern	1,10
8. London, England	1,10
9. Castellón, Spanien	1,05
10. Luzern	1,01

20 Minuten, 7. August 2012

Street Parade und Drogenkonsum

Bei der Raststätte Grauholz wurden bei einer Verkehrskontrolle 13 Fahrausweise eingezogen. 12 Autofahrer standen unter dem Einfluss von Drogen, 2 hatten zu viel Alkohol getrunken. In drei Autos wurden Betäubungsmittel gefunden, **insgesamt 25 Personen wegen Betäubungsmitteln verzeigt**: Dies die Bilanz einer Verkehrskontrolle, welche die Kantonspolizei im Nachgang zur Street Parade auf der Autobahn bei der Raststätte Grauholz durchgeführt hat. 47 Fahrzeuge und 65 Personen hat die Polizei kontrolliert. 13 Personen nahm sie auf der Stelle den Fahrausweis ab. **Fast alle Verzeigten kamen laut Mitteilung direkt von der Street-Parade oder deren Co-Events.**

Berner Zeitung, 13. August 2012

Revolutionäre Entzugsmethode aus Israel – neue Hoffnung für drogensüchtige Menschen

Er war Frontkämpfer in der israelischen Armee und weiss aus eigener schlechter Erfahrung, was Schmerzen sind. Als Arzt kannte und brauchte Andre Waismann damals jene hochwirksamen Schmerzmittel, die in grösster Not rasch Linderung verschaffen. Dann, Jahre später, wollte er eines nicht akzeptieren: dass Weggefährten und Mitkämpfer abhängig bleiben, nur weil sie als Verwundete verabreicht bekamen, was ihnen die Schmerzen stillte.

Schmerzmittelabhängigkeit ist keine Seltenheit, auch fernab von Krieg. Wie viele Abhängige es in der Schweiz sind, darüber führt das Bundesamt für Gesundheit (BAG) in Bern keine Statistik. Ganz im Gegensatz zur Anzahl der Heroinabhängigen: 17'500 erhalten hierzulande in einem feingliedrigem Netzwerk von Abgabestellen und Betreuungszentren den Heroinersatz Methadon verabreicht. Dazu bekommen gemäss BAG rund 1'300 eine sogenannte «heroingestützte Behandlung».

Waismanns Ansatz ist ein ganz anderer. Er betrachtet Opiate- und Schmerzmittelabhängigkeit weniger als psychosoziales Problem, sondern in erster Linie als medizinisches. Nach eingehender Forschung und mehrfacher Modernisierung seiner Methode betreibt er im staatli-

chen israelischen Barzilai-Spital, einer Klinik mit 500 Betten in Ashkelon, seit 15 Jahren sein eigenes ANR-Zentrum. **ANR ist die Abkürzung für Accelerated Neuroregulation, was aus dem Englischen übersetzt «beschleunigte Regulierung des Nervensystems» bedeutet.**

Nach gründlicher Laboruntersuchung am Morgen werden die Abhängigen am Nachmittag in einen drei- bis vierstündigen Tiefschlaf versetzt und unter persönlicher Betreuung von Waismann entgiftet. Dabei stumpft er Schritt für Schritt die Opiaterezeptoren im Gehirn so ab, dass die krankhafte Gier nach Heroin oder Schmerzmitteln anschliessend verschwunden ist. Am Abend wachen die Patienten auf, werden bis am nächsten Morgen betreut und am zweiten Tag suchtbefreit entlassen. Ein individuell dosiertes Medikament mit Namen Naltrexon sorgt nach der Spitalbehandlung dafür, dass dies so bleibt. Es wird je nach Abhängigkeitsgrad nach mehreren Monaten beziehungsweise nach einem Jahr abgesetzt.

Begleitet von Wissenschaftlern

Waismanns Erfolg scheint durchschlagend. Mehrere Tausend Personen, darunter zahlreiche aus Politik und Showbusiness, hat er nach eigenen Angaben von der Opiate- und Schmerzmittelsucht geheilt. Im Gespräch erklärt Waismann, warum er sehr bald auch in der Schweiz tätig werden möchte. Das hat nicht zuletzt politische Gründe. Es gebe Patienten, die sich nicht nach Israel zur Behandlung begeben könnten oder wollten. Nach zwei Pilotprojekten in Italien und Deutschland habe ihn zudem ein Schweizer Freund, dem er vertraue, von einem weiteren Anlauf zur Verbrei-

terung seiner Methode überzeugen können. Vorverhandlungen über eine Zusammenarbeit mit Schweizer Wissenschaftlern seien im Gang. Konkretes zu Zeitplänen und Verhandlungspartnern in der Schweiz will Waismann indes noch nicht bekannt geben. Offenbar sollen in einer ersten Phase der geplanten Aktivitäten hundert Schweizer Probanden von ihrer Abhängigkeit befreit und von unabhängiger, wissenschaftlicher Seite begutachtet werden.

BaZ:

Herr Waismann, was halten Sie von der staatlichen, ärztlich kontrollierten Heroinabgabe, wie sie in der Schweiz seit über 15 Jahren erfolgt?

Andre Waismann:

Wenig. Von Opiaten Abhängige brauchen professionelle medizinische Unterstützung. Ich kenne die genauen Umstände in der Schweiz noch zu wenig. Ich beobachte aber in manchen westlichen Ländern, dass unglücklicherweise Heerscharen von Sozialarbeitern, Psychologen und Strafverfolgern Heroinabhängige behandeln. Man entfernt Abhängige von der Gesellschaft, ohne sie wirklich von ihrer Sucht zu befreien. Moderne Forschungsergebnisse und neue Behandlungsmethoden bleiben dabei meistens unberücksichtigt. Ich bin erstaunt, dass ich ausserhalb Israels kaum von Gesundheitsbehörden kontaktiert wurde, während unabhängige Wissenschaftler meine Methode untersucht und anerkannt haben.

Inwieweit sind Ihren Behandlungsmethoden Grenzen gesetzt?

Bei Alkohol-, Kokain- oder Cannabissucht. Da kann ich nichts machen. Meine ANR-Methode ist ausschliesslich bei

Opiate- und Schmerzmittelabhängigkeit erfolgreich. Neben Heroin und Methadon gehören dazu Codein, Laam, Stadol, Tramadol und andere.

Motivation für Ihre Forschung waren verletzte Soldaten, die schmerzmittelabhängig wurden. Wie kommt das?

Für die sofortige Schmerzlinderung verwenden Ärzte und Sanitäter an der Front Mittel, die auf Opiaten basieren. Verwundete Soldaten kommen bei uns sehr rasch ins Spital. Aus diesem Grund entsteht Abhängigkeit nicht an der Front. Aber schwerste Verletzungen erfordern meistens lange und schmerzhafte Spitalbehandlungen. Dort oder bei der Nachsorge entwickeln manche eine Abhängigkeit.

Welche Entwicklung beobachten Sie im historischen Kontext beim Problem Drogen und Soldaten im Kriegseinsatz?

Aus der weltweiten Geschichte über Drogen und Krieg wissen wir, dass es in vielen Armeen zu Opium-, Heroin- und Alkoholmissbrauch kam, vor allem, wenn die Soldaten unter schwierigsten Umständen und für lange Zeit fernab von ihrer Heimat kämpfen mussten. Schmerzmittel, die auf Opiaten basieren, wurden beispielsweise im Vietnamkrieg oft auch bei kleineren Verletzungen verabreicht, weil man den Soldaten mit Wohlgefühlen, die Drogen anfänglich bringen, irgendwie zu helfen versuchte. Ein anderer wichtiger Punkt ist bis heute, dass 35 bis 40 Prozent der Soldaten vieler Armeen, die in fernen Ländern in den Kampf verwickelt waren, mit schweren psychischen Traumata heimkehren. Mit Heroin und anderen Opiaten lassen sich solche psychischen Schäden vorübergehend kaschieren und verdrängen. Man

könnte ganze Bücher schreiben über dieses Elend.

Welche politischen Überlegungen führen Sie und Ihr Pilotprojekt in die Schweiz?

In unserer Klinik behandle ich Patienten aus der ganzen Welt, auch aus der Schweiz. In letzter Zeit kam es aus politischen Gründen vermehrt zu Stornierungen von geplanten Behandlungen. Offenbar gibt es Leute, deren Hass auf Israel grösser ist als die Liebe zu ihren Kindern. Die Geschichte über milliardenteure Propaganda gegen Israel ist indessen eine andere. Unabhängig davon bin ich überzeugt, für viele Patienten einen modernen und wirksamen Weg aus ihrer Drogensackgasse anbieten zu können. Ich traue gerade jetzt Europäern und anderen zu, in einer sauberen Analyse zu unterscheiden, was gut ist und was böse.

Sie betreiben auch eine Klinik in Hollywood. Welche Stars haben Sie behandelt?

Das Arztgeheimnis gilt auch für Prominente. Nicht-Prominente – viele Söhne und Töchter besorgter Eltern – sind in der deutlichen Mehrzahl.

Basler Zeitung, Beni Gafner, 18. Juli 2012

Weltdrogentag



Aktivitäten der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen anlässlich des Internationalen Tags gegen Drogenmissbrauch und illegalen Drogenhandel

Am 26. Juni 2012 fand der Internationale UNO-Tag gegen den Drogenmissbrauch und

Drogenhandel statt. Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen teilt die Meinung der UNO-Drogenkontrollbehörde (INCB), **dass der Drogenkonsum vor allem für die Industriestaaten eine der grössten Gefahren für unsere Jugend darstellt** und hat deshalb eine **Medienkonferenz** einberufen. Direktbetroffene, die tagtäglich und seit Jahren mit Drogenproblemen konfrontiert werden, hielten eindrückliche Kurzreferate. Sie alle haben an sich selber oder an Mitmenschen die tragischen Folgen der Verharmlosung des Drogenkonsums, vor allem des Kiffens, erlebt, wie Schul- und Lehrabbrüche und damit Jugendarbeitslosigkeit und Abhängigkeit vom Sozialamt. Am diesjährigen UNO-Tag gegen Drogen gedachten wir auch mit einer **Grabkerzenaktion**



der ungefähr 200 Drogentoten und deren Angehörigen, welche die Schweiz jährlich als Folge der Laissez-faire-Politik zu beklagen hat. Mit der **Lancierung einer Petition** wollen wir ein Zeichen gegen die Legalisierung von Drogen und für eine abstinenzorientierte Drogenpolitik setzen. Auch sollen damit Politikerinnen und Politiker wie auch alle in der sogenannten Suchthilfe Involvierten auf die politischen Meinungsäusserungen des Schweizer Stimmvolkes gegen eine Legalisierung von Drogen aufmerksam gemacht und aufgefordert werden, diese auch umzusetzen.

Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen



Willensbezeugungen des Schweizer Volkes gegen eine Legalisierung von Drogen

- Am 29. November 1998 verwarf der Souverän mit 74% der Stimmen die Droleg-Initiative. Diese hatte zum Ziel, den Konsum von Betäubungsmitteln sowie deren Anbau, Besitz und Erwerb für den Eigenbedarf für straffrei zu erklären.
- Am 30. November 2008 lehnten Volk und Stände die Cannabis-Legalisierungs-Initiative mit 63,3% Neinstimmen ab.
- Gleichzeitig sagten 68% der Bevölkerung „Ja“ zum revidierten Betäubungsmittelgesetz. Dieses verlangt in Artikel 1a, dass zum Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Schäden dem unbefugten Konsum von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen vorzubeugen sei, namentlich durch Förderung der Abstinenz.
- Des Weiteren hat die Schweiz das UN-Einheits-Übereinkommen von 1961 über die Betäubungsmittel unterzeichnet. Damit anerkennt der Staat Schweiz bereits in der Präambel, dass die Betäubungsmittelsucht eine wirtschaftliche und soziale Gefahr für die Menschheit darstellt. Die Schweiz verpflichtet sich damit, dieses Übel zu verhüten und zu bekämpfen.

Petition zuhanden des Bundesrates

Gegen die Legalisierung von Drogen! Für eine abstinenzorientierte Drogenpolitik!

Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen teilt die Meinung der UNO-Drogenkontrollbehörde (INCB), dass der Drogenkonsum vor allem für die Industriestaaten eine der grössten Gefahren für unsere Jugend darstellt und lanciert darum diese Petition. Die tragischen Folgen der Verharmlosung des Drogenkonsums, vor allem des Kiffens, sind Schul- und Lehrabbrüche und damit Jugendarbeitslosigkeit und Abhängigkeit vom Sozialamt. Jährlich haben wir in der Schweiz auch ungefähr 200 Drogentote zu beklagen. Verantwortlich dafür ist primär die Laissez-faire-Politik in der Schweiz, welche Eltern und Kindern beizubringen versucht, dass wir nur lernen müssten, mit Suchtmitteln umzugehen, um keine Probleme damit zu haben. Dies wird ungeachtet der wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Gefährlichkeit der einzelnen Suchtmittel verbreitet.

■

Name	Vorname	Strasse	PLZ/Ort	Unterschrift

Senden Sie bitte die ausgefüllten Unterschriftenbogen bis 31. Oktober 2012 an:
Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen, Postfach 8302, 3001 Bern.

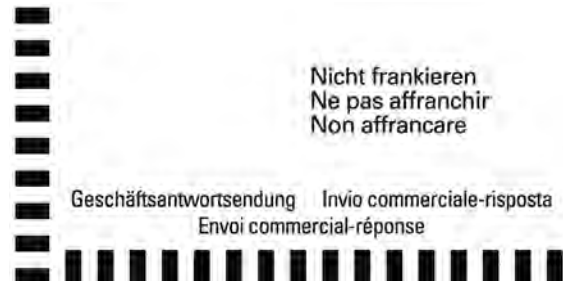
Unterschreiben Sie die **Petition**
zuhanden des Bundesrates:

Gegen die Legalisierung von Drogen! Für eine abstinenzorientierte Drogenpolitik!

Wir fordern:

- **keine Verharmlosung des verbotenen Betäubungsmittels Cannabis und dessen Anbau, Konsum und Handel.** Staatlich finanzierte Drogenberatungsstellen müssen verpflichtet werden, auf die Gefahren des Kiffens hinzuweisen wie: Beeinträchtigungen des Kurzzeitgedächtnisses, der Konzentrations- und Reaktionsfähigkeit, das Auslösen von Depressionen, Psychosen und Schizophrenien und Kontrollverluste, die oft zu Aggressionen und Gewalttaten führen.
- **eine Förderung von Rehabilitationsstätten und Therapieplätzen, in welchen die suchtkranken Menschen auf das Ziel der Abstinenz hin beraten und behandelt werden.** Bei der staatlich finanzierten Abgabe der Betäubungsmittel Methadon und Heroin muss, wie den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern versprochen, ebenfalls das Ziel der Abstinenz anvisiert werden.
- **dass alle Suchthilfeangebote regelmässig auf ihre Kosten, ihre Wirksamkeit und ihre Nachhaltigkeit hin überprüft werden.**
- **dass die Politik die Gesetze im Drogenbereich nicht durch Verordnungen verwässert oder umgeht. Die internationalen Abkommen über verbotene Betäubungsmittel und psychotrope Stoffe, die von der Schweiz unterzeichnet wurden, müssen eingehalten werden.**
- **dass die vom Bundesrat eingesetzte „Suchtexpertenkommission“, die sich gegen den Volkswillen für die Legalisierung aller illegaler Drogen einsetzt, aufgelöst und neu besetzt werden muss.**

Unterschriftenbogen hier abtrennen, unterschreiben und in den nächsten Briefkasten werfen



Ich möchte die Petition finanziell unterstützen.
Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein PC 30-7945-2

Ich bestelle _____ Unterschriftenbogen

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

**Schweizerische Vereinigung
Eltern gegen Drogen
Postfach 8302
3001 Bern**

Bestelladresse:
eltern_g_drogen@bluewin.ch
www.elterngegendrogen.ch